

Postgasse 68  
3000 Bern 8  
www.rr.be.ch  
info.regierungsrat@sta.be.ch

Herrn Bundesrat  
Johann N. Schneider-Ammann  
Vorsteher WBF  
Schwanengasse 2  
3003 Bern

16. September 2015

RRB-Nr.: 1123/2015  
Direktion Erziehungsdirektion  
Unser Zeichen 4800.500.620.2/15 / HUM  
Ihr Zeichen WBF / Theres Kuratli  
Klassifizierung Nicht klassifiziert



## **Verordnung über die Weiterbildung: Anhörung. Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit der Verordnung über die Weiterbildung (WeBiV) sollen einerseits die Bundesfinanzhilfen an die Organisationen der Weiterbildung geregelt werden, andererseits die Bundesfinanzhilfen an die Kantone für die Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen Erwachsener. Damit beschränkt sich der Anhörungsentwurf auf die Regelung derjenigen Bereiche, für die das Weiterbildungsgesetz (WeBiG) Finanzhilfen vorsieht.

Der Kanton Bern verfügt über ein ausdifferenziertes Weiterbildungssystem. Die Förderpraxis ist nachfrageorientiert und auf die verschiedenen Zielgruppen abgestimmt. Mit dem Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung<sup>1</sup> sind im Kanton Bern Grundsätze zur Weiterbildungsförderung festgehalten und die Subventionierungen von Weiterbildungskursen und Unterstützung von Projekten geregelt. Die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener für eine nachhaltige Integration in die Arbeitswelt und in die Gesellschaft bildet den Schwerpunkt dieser Weiterbildungsförderung. Dazu gehört auch die Sprachförderung im Migrationsbereich im Rahmen der Kantonalen Integrationsprogramme gemäss der Ausländergesetzgebung.

<sup>1</sup> Gesetz vom 14. Juni 2005 über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG; BSG 435.11)

Der Regierungsrat des Kantons Bern begrüsst grundsätzlich, dass der Bund mit der WeBiV die rechtliche Grundlage schafft, damit gesamtschweizerisch tätige Organisationen der Weiterbildung sowie die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener in den Kantonen vom Bund finanziell unterstützt werden können. Allerdings sollen die weiter unten aufgeführten Anliegen berücksichtigt werden.

Gesamtschweizerisch tätige Organisationen der Weiterbildung sollen für spezifische Informations-, Koordinations- und Entwicklungsleistungen Finanzhilfen vom Bund erhalten (Art. 2 WeBiV). Der Regierungsrat erachtet es als sinnvoll, dass damit die Bundesbeiträge an die Organisationen der Weiterbildung an klar definierte Aufgaben geknüpft werden, die dem Weiterbildungssystem insgesamt oder definierten Teilbereichen dienlich sind.

Die Finanzhilfen des Bundes an die Kantone für die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener sollen wie bei der Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern im Rahmen von Programmvereinbarungen erfolgen. Wir erachten es als zielführend, wenn das Instrument der Programmvereinbarung auch für die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener (Lesen, Schreiben, mündliche Ausdrucksfähigkeit in lokaler Amtssprache, Grundkenntnisse Mathematik, Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien [Art. 13 WeBiG]) eingesetzt wird. So kann auch die Koordination im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) gewährleistet werden.

Für die Umsetzung haben wir folgende Anliegen:

1. Die strategischen Ziele (Art. 8 WeBiV) sind in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen zu erarbeiten. So können gesamtschweizerische Ziele auf kantonale Zielsetzungen abgestimmt werden.
2. Zuständigkeiten und Zusammenarbeit auf Bundesebene von Weiterbildungsförderung, Berufsbildung, Integrationsförderung gemäss Ausländergesetz, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung sind klarer zu regeln (Art. 8 WeBiV). Ziel muss sein, dass die betroffenen Bundesstellen die Inhalte der verschiedenen Programmvereinbarungen aufeinander abstimmen.
3. Im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017-2020 sind angemessene Finanzmittel vorzusehen, damit deutlich mehr Erwachsene mit Lücken in den Grundkompetenzen adäquate Bildungsmöglichkeiten erhalten und die Kantone bei der Informations- und Sensibilisierungsarbeit und Entwicklung neuer Angebote unterstützt werden (Art. 11 bis 13 WeBiV). Die im Jahr 2013 in der Botschaft zum WeBiG<sup>2</sup> vorgesehen Mittel für Finanzhilfen genügen nicht, um genügend Bildungsmöglichkeiten zu erhalten. Der Kanton Bern macht bereits jetzt darauf aufmerksam, dass eine deutliche Erhöhung der vorgesehenen Bundesmittel nötig sein wird.

---

<sup>2</sup> BBI 2013 3729ff.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**

Der Präsident



Hans-Jürg Käser

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler

- Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, Frau Therese Kuratli, Einsteinstr. 2, 3003 Bern, [weiterbildung@sbfi.admin.ch](mailto:weiterbildung@sbfi.admin.ch)
- Erziehungsdirektion
- Staatskanzlei
- Volkswirtschaftsdirektion
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Polizei- und Militärdirektion